

## SODEPAX-Tagung zur Friedensfrage

Die nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil aufgenommenen Beziehungen der katholischen Kirche zum Weltrat der Kirchen führten im Januar 1968 zur Gründung der ersten gemeinsamen Einrichtung der römischen Kurie (der Päpstlichen Kommission „Iustitia et pax“) und des Weltrates, nämlich eines Komitees für Fragen der Gesellschaft (Society), der Entwicklung (Development) und des Friedens (Peace, Pax), kurz SODEPAX genannt. Dieses Komitee, das sein Sekretariat in Genf hat, ist nicht in erster Linie auf den Ökumenismus ausgerichtet, sondern auf den christlichen Dienst an der Menschheitsfamilie in ihrem Kampf gegen Not und Krieg. Schon im April 1968 hat SODEPAX in Beirut über die Weltzusammenarbeit in der Entwicklung beraten und im Mai 1969 darüber in Montreal eine Nachberatung gehalten. Vom 3. bis zum 9. April 1970 versammelte es etwa sechzig Angehörige verschiedener christlicher Gemeinschaften aus allen Erdteilen in Baden bei Wien zu einer *Studientagung über christliche Friedensarbeit*.

Vorgesehen waren fünf Arbeitsgruppen, in denen Hauptpunkte des Gesamtanliegens behandelt werden sollten. Die Arbeit dieser Gruppen wurde zunächst in Vollsitzungen durch grundlegende Referate vorbereitet. Es erwies sich als günstig, die zweite und die vierte Gruppe zu einer Arbeitsgruppe zusammenzuziehen. Die verbleibenden vier Gruppen erstellten in gesonderter Tätigkeit Vorlagen, die wieder in Vollsitzungen beraten wurden.

### *Kasuistischer oder radikaler Pazifismus?*

Zum ersten Hauptthema „Christliche Verantwortung für den Weltfrieden“ trug Prof. J. M. Lochmann (Basel - Prag) ein Referat „Krieg und Konflikt in christlicher Perspektive“ vor, in dem er auf die Fraglichkeit der Lehre vom „gerechten Krieg“ im atomaren Zeitalter verwies und die Ausweglosigkeit der Abschreckungsstrategie aufzeigte; mit C. F. v. Weizsäcker gestand er: „Ich weiß für einen Christen gegenüber Atomwaffen keinen besseren Rat als den der Bergpredigt.“ H. de Riedmatten OP (Genf) war im Korreferat bei aller

Ablehnung militaristischer Haltung der Meinung, daß sich aus dem Evangelium nicht eine durchgängige Verwerfung jeglichen Krieges ableiten lasse, daß aber an der Klärung dieser Fragen weiter gearbeitet werden müsse. In der Diskussion vertrat A. S. Bouevsky, Sekretär der Abteilung für die Beziehungen zu den anderen Kirchen im Moskauer Patriarchat, entschieden die Auffassung, die russisch-orthodoxe Kirche habe das Recht, einem unterdrückten Volk ihren Segen zu einem Befreiungskrieg zu geben.

P. P. McDermott SJ. (USA) sprach über „Christliche Tradition und die Friedensarbeit heute“: Schon bisher sei es christliche Tendenz gewesen, den Krieg nach Möglichkeit zu vermeiden oder wenigstens zu beschränken. Die gegenwärtigen Gegebenheiten nötigten zu gründlicher Neuüberlegung; der Vietnamkrieg etwa könne vor der Grundsatzlehre vom „gerechten Krieg“ nicht bestehen. Die Kirche müsse ihre Auffassung von Krieg, Kriegsdienstverweigerung und Verantwortlichkeit auf diesem Gebiet klarer fassen und nachdrücklicher zu Gehör bringen. „In der Tat stehen einem Christen nur zwei Haltungen oder Orientierungen offen: absoluter eindeutiger Pazifismus, der sich auf bestimmte Gebote des Evangeliums stützt, oder relativer vieldeutiger Pazifismus, der seine Wurzeln in der Lehre vom gerechten Krieg hat.“ G. Castillo-Cárdenas (Kolumbien) wandte sich aus der Sicht der lateinamerikanischen Verhältnisse, für die die Unterdrückung der Massen durch eine dünne Oberschicht kennzeichnend sei, gegen den Frieden des Status quo und betonte: „Befreiung ist der neue Name für Frieden“; sie fordere verschiedene Schritte: das Aufdecken der Wurzeln der Konflikte, die direkte Teilnahme am Klassenkampf zur Beseitigung der Unterdrückung, die aktive Teilnahme am Aufbau einer sozialen Ordnung, in welcher Friede möglich ist.

Die Arbeitsgruppe für dieses Hauptthema leitete der katholische Erzbischof von New Delhi, J. Fernandes. Man kam zur Einsicht, es sei nicht sinnvoll, abstrakt vom Frieden zu reden; man müsse vielmehr das Problem und die Aufgabe des Friedens jeweils unter konkreten Gegebenheiten

angehen. Für die Überlegungen wurden daher drei repräsentative Situationen ausgewählt, nämlich die Situation der nuklearen Bedrohung, die der entwicklungsbedürftigen Länder und die der Länder, deren Bevölkerung unter ungerechten und repressiven politischen und wirtschaftlichen Strukturen leidet. Angesichts der *nuklearen Bedrohung* wurde festgestellt, daß die Lehre vom „gerechten Krieg“ neu durchdacht werden müsse. Über die Frage, ob man sich heute mit Gewalt gegen einen ungerechten Angriff verteidigen dürfe, waren die Meinungen geteilt. In dieser und in anderen Arbeitsgruppen wurde betont, das Recht der Kriegsdienstverweigerung sei nicht nur jenen zuzugestehen, die grundsätzlich gegen jede Gewaltanwendung eingestellt sind, sondern auch denen, die nur den Atomkrieg ablehnen oder die Teilnahme an bestimmten anderen Kriegen meinen nicht verantworten zu können.

### *Friede als Befreiung?*

Sehr deutlich hat sich gezeigt, daß es nicht genug ist, sich mit dem Symptom des Krieges zu befassen. Man muß vielmehr seinen Ursachen nachgehen und sie zu beheben trachten. Zu den Grundursachen zählen die in der Welt vorhandenen Ungerechtigkeiten. Der *Entwicklungshilfe* wurde ihre Bedeutung zuerkannt, freilich so, daß mit dem Wachstum der Wirtschaft zusammen soziale Gerechtigkeit und Eigenständigkeit der Völker verwirklicht werden. Wenn es daran fehle, werde die Hilfe als Neokolonialismus empfunden. Eine Schwierigkeit kam zum Vorschein: Sollen Christen in entwickelten Ländern, die bereit sind, Projekte in solchen Ländern zu unterstützen, die entwickelt werden müssen, diese Hilfe einem Land geben, in dem die Massen unterdrückt werden? Wenn sie es tun, geraten sie in Verdacht, zur Unterdrückung mitzuhelfen; wenn sie es nicht tun, erwecken sie den Eindruck der Gleichgültigkeit gegenüber dem Elend in diesem Land. Die Studientagung konnte keine befriedigende Antwort geben, sondern nur weitere Überlegungen anregen. In lateinamerikanischen und südafrikanischen Ländern nimmt das Bemühen um den Frieden vor allem das Gesicht des Kampfes um *Befreiung* unterdrückter Massen und Rassen an. Vertreter dieser Länder rede-

ten bei Versagen friedlicher Lösungsversuche auch dem gewaltsamen Befreiungskampf das Wort. Nur der Aufbau einer neuen Sozialordnung, zu der man durch gewaltlose oder gewaltsame Befreiung kommen müsse, ermögliche den Frieden zwischen jetzigen Bedrückern und Unterdrückten.

Die ursprünglich vorgesehenen Arbeitsgruppen „Gründe und Faktoren des weltpolitischen Konfliktes“ und „Die Dynamik des Friedens und die sozialen und politischen Strukturen der Gegenwart“ wurden in eine zusammengezogen. Prof. U. Scheuner (Köln) legte Gedanken über „Formen der Macht und ihren Einfluß auf die Weltpolitik“ vor. Ein Wandel von alten Formen der Konflikte zu Rassendiskrimination und Verweigerung der Bürgerrechte sei im Gang; Religionsverschiedenheit im besonderen höre auf, eine Konfliktquelle zu sein, da Religion immer mehr zu einer Haltung von Minderheiten in einer säkularisierten Welt werde und zugleich die Religionen sich zum Dialog öffnen. L. A. Gomez de Souza (Chile) wandte sich gegen neue Formen des Paternalismus und verlangte die Befreiung aller Menschen von Beherrschungsstrukturen. Prof. A. A. Lima (Brasilien) berichtete über „Kräfte, die die menschliche Solidarität zerstören“; Ziel müsse es sein, die universale Solidarität der Menschen zu verwirklichen. A. Boni (Präsident des Obersten Gerichtshofes der Elfenbeinküste) machte darauf aufmerksam, daß die Konflikte dazu neigen, sich nicht zwischen arm und reich, sondern zwischen den Reichen auf Kosten der Armen abzuspielen. Zu einer Auseinandersetzung kam es zwischen dem kanadischen christlichen Jugendführer Pat R. Mooney, der Nationalismus und Ideologien als Hindernisse für ein gegenseitiges Verstehen der Jugend und ihren Einsatz für den Frieden bezeichnete, und dem philippinischen Studenten I. Malonzo, der fand, daß sich die Dritte Welt gerade mit Hilfe des Nationalismus und der Ideologien gegen die militärische und ideologische Hegemonie des Westens wehren müsse. Prof. U. Duchrow (BRD) legte „Perspektiven und praktische Möglichkeiten der Weltchristenheit zur Förderung des Weltfriedens“ vor. Nach Beleuchtung der Gewaltprobleme in der Geschichte der Christenheit zeigte er im besonderen die

durch *bakteriologische Waffen* geschaffene neue Lage und die daraus folgenden Konsequenzen für das Verhalten der Christenheit in den sozio-politischen Strukturen, nämlich 1. freie gewaltlose Arbeit für den Frieden, 2. Arbeit an und in Strukturen, die ein Maximum an sozio-politischer Gerechtigkeit gewährleisten, 3. Institutionen der Friedenssicherung.

### *Die Rolle der politischen Strukturen*

Prof. K. Mushakoji (Japan) sprach über „Politische Strukturen für den Frieden“ und unterschied den Ost-West-Konflikt (mit Gefahr des Atomkrieges) vom Nord-Süd-Konflikt (in dem es um die Durchsetzung der Gerechtigkeit geht). Die für den ersten Konflikt geltenden Friedensmodelle des Legalismus, des Institutionalismus und des Universalismus könnten auf den zweiten nicht angewandt werden, müßten vielmehr durch die Prinzipien des Pluralismus, der Flexibilität und der Redundanz (Einbeziehung auch der Länder, die nicht raschen Wirtschaftserfolg versprechen, in die Entwicklungshilfe) ersetzt werden. — Die unter dem Vorsitz von Prof. R. St. J. McDonald (Kanada) tätige Arbeitsgruppe bezeichnete es als zur Sicherung wahren Friedens notwendig, die unter scheinbarer Ruhe verborgenen Konflikte aufzudecken; nach einer Ordnung zu suchen, die das Zusammenleben der in Konflikt stehenden Gruppen ermögliche; für den Frieden in dieser Welt zu arbeiten. Es sei schwierig, allgemeine Prinzipien für die Friedensarbeit aufzustellen; man könne nur auf die jedem zukommende Verantwortung hinweisen. Wer sich der Gewalt bediene, müsse anerkennen, daß sie Gott untersteht; Gewaltgebrauch und Gewaltverzicht müßten auf jeden Fall auf Verminderung der Gewalt im ganzen hinzielen. Wenn auch die *Gewaltanwendung* als eine berechtigte letzte Möglichkeit zur Veränderung der Gesellschaft nicht bestritten wurde, sah man doch die Aufgabe der Kirche darin, zum Bedauern der Gewalt zu führen; beispielhafter *Gewaltverzicht* habe Aussicht, zur Überwindung revolutionärer Gewalt beizutragen. Im internationalen Leben seien Machtballungen Gefahren für den Frieden; nach gewaltlosen Mitteln zur Durchsetzung von Interessen sei zu

suchen, die Begriffe der Souveränität, der Unabhängigkeit und der Autonomie seien im Hinblick auf den Frieden von fragwürdigem Wert. Im Interesse des internationalen Friedens seien die *Vereinten Nationen zu stärken*, etwa durch Einbeziehung der Staaten, die noch nicht dazu gehören (auch der Volksrepublik China); ihre Debatten seien öffentlich zu führen, zu ihrem Budget sollten alle Staaten regelmäßig beitragen, sie seien mit einer kleinen Armee auszurüsten und von vorwiegend europäisch-amerikanischem auf weltweiten Charakter umzugestalten.

### *Das Ringen um die Menschenrechte*

Zum dritten Arbeitskreis „Förderung der Menschenrechte als Faktor des Weltfriedens“ legte R. K. A. Gardiner (Äthiopien) ein Referat „Armut, Rassismus und Menschenrechte“ vor, in dem er darstellte, daß die Armut der Dritten Welt auf den Kolonialismus zurückzuführen sei: Die Menschen dieser Länder wurden nicht gelehrt, ihre natürlichen Schätze zu nutzen; durch globale Zusammenarbeit der reicheren Hälfte der Welt mit der ärmeren müsse abgeholfen werden. Dem Iren S. McBride, ehemaligem Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen, ging es um „Institutionen zur Wahrung der Menschenrechte“. Er war überzeugt, daß durch vielerlei Maßnahmen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene (etwa durch Bestellung eines Hochkommissars für Menschenrechte) viel zu diesem Zweck getan werden könne. Die Kirchen sollten die Kenntnis der Menschenrechte verbreiten und für die Errichtung entsprechender Institutionen eintreten. Die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Frau M. Sivomey (Togo) wies auf *flagrante Verstöße* gegen die Menschenrechte, wie Rassismus, Unterdrückung und Ausrottung von Minderheiten, Folterung und unmenschliche Behandlung von Gefangenen, Anwendung von ABC-Waffen, hin und trat für das Recht auf Wehrdienstverweigerung und auf Widerstand gegen Unterdrückung ein. Ferner ging es um Religionsfreiheit, Informations- und Kommunikationsrecht, Ungerechtigkeit im kulturellen Bereich, sozial-ökonomische Probleme, humane Lebensbedingungen, Gleich-

berechtigung der Frau. Die Arbeitsgruppe wandte auch der Aufklärung über die Menschenrechte und ihrer Sicherung ihre Aufmerksamkeit zu. Den Kirchen wurde eine wichtige Rolle in der *Bewußtmachung der Menschenrechte* und im *Kampf gegen ihre dauernde Verletzung* zugeschrieben.

### *Erziehung zum Frieden*

Endlich widmete die Studientagung ihr Interesse der „*Erziehung zum Frieden*“. Prof. J. Ruiz-Giménez, (Madrid) früherer spanischer Erziehungsminister, nannte im Referat „*Erziehung zur Weltgemeinschaft*“ als Ziele einer solchen Erziehungsarbeit die Wissensbildung zur Verwerfung des Krieges; die Schaffung der Überzeugung, daß die Menschheitsprobleme nicht auf nationaler Ebene gelöst werden können; die Anregung des Einsatzes für die politische Weltgemeinschaft. Er zeigte Hindernisse auf dem Weg zu diesen Zielen und Möglichkeiten, sie zu überwinden. P. R. Mooney (Kanada) untersuchte im Referat „*Jugendaktion für den Weltfrieden*“ die Möglichkeiten einer solchen Aktion im Rahmen der christlichen Kirchen. — Die Arbeitsgruppe, die von J. M. Lawson (USA) geleitet wurde, hielt sich an die Erkenntnis, daß der *Friede* nicht in der Bewahrung der

bestehenden Ordnung besteht, sondern in der Schaffung der *Gerechtigkeit für alle Menschen*. Die christlichen Kirchen müßten, um zu solchem Frieden erziehen zu können, ihre Erziehungsmethoden verbessern. Die Arbeitsgruppe machte folgende Hauptvorschläge: 1. SODEPAX und die dahinterstehenden Kirchen sollen Studien und Forschungen auf dem Gebiet der Entwicklung und des Friedens durchführen. 2. Jährlich soll eine „Woche der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens“ abgehalten werden. 3. Wo ernste Konflikte ausbrechen, sollen internationale christliche Kommissionen zu ihrer Untersuchung errichtet werden. 4. SODEPAX soll Konferenzen über internationale Probleme des Friedens und der Gerechtigkeit und ihre Bedeutung für konkrete menschliche Gemeinschaften auf regionaler Ebene für Frauen in führenden Stellungen veranstalten, damit diese befähigt werden, zur Friedenserziehung in ihren Familien und Gemeinschaften beizutragen.

Von diesen Vorschlägen abgesehen, blieb es bei breiter, wenn auch noch etwas in den Kinderschuhen stekender Reflexion, die zeigte, daß SODEPAX erst am Anfang seines Weges steht. In die Ergebnisse der Studientagung sollen in Genf alle vorgebrachten Anregungen eingearbeitet werden.

## *Die Konfessionskrise der EKD vor ihrer Lösung?*

Mit der Wahl des lutherischen Bischofs von Hamburg, H. O. Wölber, in den Rat der EKD, aus dem er im März dieses Jahres wieder ausschied (epd, 16. 3. 70), begann eine neue dynamische Phase, um die chronische Konfessionskrise der EKD, die Polarisierung von Lutheranern und Unierten, endlich zu bereinigen, auch für das ökumenische Gespräch ein nicht zu unterschätzender Gewinn. Es ist das Verdienst von Wölber, daß er sich dieses Ziel gesetzt hat und es hartnäckig, trotz aller Hemmungen und Umwege, verfolgt. Der erste Schritt zur Lösung wurde getan, als am 23. März 1970 die erste Vollsitzung der gemeinsamen theologischen Kommission in Berlin zusammentrat, um die von Wölber mehrfach angeregte „gemeinsame Erklärung zu den Herausforderungen der Zeit“ auszuarbeiten. Mitglieder der

Kommission sind je sechs von der VELKD und von der „Arnoldshainer Konferenz“ (der Unierten) benannte Theologen, an der Spitze der lutherischen Mitglieder Bischof Wölber, Repräsentant der Arnoldshainer Konferenz, der badische Landesbischof H. W. Heidland, der unlängst an Stelle von Präses J. Beckmann zum Vorsitzenden gewählt wurde (epd, 25. 3. 70). Über Inhalt und Ende der Beratungen wurde nichts verlautet. Sicher ist nur, daß die Kommission an mehreren Tagen eines Monats zusammentritt und daß man Ende des Sommers, jedenfalls vor Ende dieses Jahres mit einem positiven Ergebnis rechnet. Es wird diejenigen Glaubensfragen feststellen, in denen volle Übereinstimmung zwischen Lutheranern und Unierten besteht.

Freilich könnte diese Nachricht nach

den Erfahrungen der letzten fast 40 Jahre, von den Mißverständnissen bei Beginn des Kirchenkampfes 1933 an gerechnet, besonders aber seit der vorzeitigen Konsolidierung der VELKD im Juli 1948 mit ihren bisher vergeblichen Versuchen, eine *lutherische Kirche* vorzubereiten, einige Skepsis aufkommen lassen. Doch wäre das ganz fehl am Platze und würde jeden geschichtlichen Sinn vermissen lassen. In vieler Hinsicht ist eine völlig neue Lage eingetreten. Nicht nur, daß die VELKD ebenso wie die EKD durch die Staatsgrenzen der DDR auseinandergerissen sind und die Kirchen der DDR drüben einen analogen Versuch der Vereinigung unternehmen (epd, 24. 3. 70; vgl. ds. Heft, S. 243). Es ist auch eine neue Generation an die Führung gelangt, die „alten Kämpfer“ der „Bekennenden Kirche“ sind im Zurücktreten. Diese mit den Querelen des Kirchenkampfes nicht belastete Generation ist entschlossen, eine Lösung zu finden, um so mehr, als sie bereits im gesamteuropäischen Rahmen und in den USA zwischen dem Lutherischen und dem Reformierten Weltbund weitgehend erreicht ist (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 115 f.). Man kann das hierzulande nicht länger ignorieren und will es auch nicht. Kommt hinzu, daß die Herausforderung des Säkularismus ohnehin eine prinzipielle Neubesinnung konfessioneller Positionen erfordert, eben das Ziel von Bischof Wölber.

Allerdings ist da ein deutsches *Spezifikum* zu beachten, das in dem erwähnten internationalen Rahmen eine untergeordnete Rolle spielt, nämlich die aus der innerdeutschen Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus erwachsene „politische Theologie“. Sie hat sich seit der „Barmer Theologischen Erklärung“ von 1934 und vor allem seit den ersten Synoden der EKD bis in die neuesten Denkschriften zu Fragen der politischen Verantwortung als ein Element kalvinischen Radikalismus ausgewirkt und dadurch die eigentlich schon überholte lutherische Zweireiche-Lehre provoziert und zu neuem Leben erweckt. Wer wie die Reformierten unter Inspiration von Karl Barth das Evangelium auch zum Gesetz des christlichen Lebens, ja sogar der Bürgergemeinde macht, fordert den lutherischen Protest der Rechtfertigungslehre unnötig heraus, und die Polarisierung ist da.